Abend-Ausgabe

69. Jahrgang. № 49 — Donnerstag, 29. Januar 1925

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Januar 1925 bei tägl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark. Postbezugspreis für Monat Januar 3 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Barmat-Kutisker-Aera.

Neue skandalöse Einzelheiten aus den Verhandlungen im preußischen Untersuchungsausschuß.

Polen beabsichtigt, die Verträge mit Danzig aufzuheben und dafür ein Protektorat zu errichten.

Bauer — Barmat.

Eine ungeheuerlich klingende Skandalnachricht.

Berlin, 29. Januar. Wie die Korrespondenz „Deutsche Wirtschaftspolitik" aus angeblich durchaus zuverlässiger Quelle erfährt, soll der frühere Reichskanzler Bauer die Uebertragung der Armee-Konserven-Fabrik Spandau-Havelhorst an die Margarinefabrik Rema, an der Barmat maßgebend beteiligt gewesen ist, in der Weise veranlaßt haben, **daß er Reichskredite an die mit geringem Papiergeldkapital gegründete Rema vermittelte, die hinterher aus dem Verkauf von Teilbeständen der Armee-Konserven-Fabrik mit entwertetem Gelde zurückgezahlt worden seien. Auf diese Weise habe Bauer veranlaßt, daß Barmat, ohne einen Gegenwert zu zahlen, die außerordentlich wertvolle Armee-Konserven-Fabrik Spandau-Havelhorst erwerben konnte. Hinterher sei diese Konservenfabrik dem früheren Reichskanzler Bauer als Eigentum übertragen worden.**

Die „Kreuzzeitung" bemerkt dazu: Wir geben diese Meldung mit allem Vorbehalt wieder. Sollte sie zutreffen, so **dürfte das der bisher größte überhaupt dagewesene politische Skandalfall sein, der die Sozialdemokratie vernichtend treffen müsse.**

Die Barmat-Untersuchung.

Berlin, 29. Januar. Aus der großen Fülle blamabler Einzelheiten, die in der gestrigen Verhandlung vor dem Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages über den Kutisker-Barmat-Skandal zur Sprache kamen, ist über

die Kreditgabe der Staatsbank

noch hervorzuheben, daß nach Aussage des Präsidenten der Staatsbank der in den Kutisker-Skandal verwickelte Finanzrat Rühe in den ungeheuer schwierigen Verhandlungen mit Kutisker, der sich kaum deutsch verständlich machen konnte, sich geradezu aufgerieben habe. Geheimer Finanzrat Bugge von der Preußischen Staatsbank gab dann eingehende Erläuterungen über die Untersuchung der Kredithergabe und bezeichnete es als einen Fehler, daß Barmat so große langfristige Kredite gegeben wurden, ohne daß die Generaldirektion der Staatsbank davon unterrichtet wurde. Die mangelhafte Deckung einzelner Konten, die sich bei einer Nachprüfung im Mai ergab, war so auffallend, daß man an strafbare Handlungen denken konnte. Die betreffenden unzuverlässigen Beamten wurden abgebaut. Ein Disziplinarverfahren hätte längere Zeit in Anspruch genommen und sein Ausgang wäre auch ungewiß gewesen. Dagegen war man damals gerade beim Abbau, und da die schlechtesten Beamten zuerst abgebaut werden sollten, hielt man den eingeschlagenen Weg für den zweckmäßigsten.

Der Präsident Dr. Leidig teilte dann noch mit, daß außer den bereits genannten Persönlichkeiten **auch der Staatssekretär Meißner vom Bureau des Reichspräsidenten morgen vor dem Ausschuß erscheinen werde, um die Akten vorzulegen, die sich auf das an Julius Barmat gewährte Dauervisum für drei Monate beziehen.**

Der Ministerpräsident hat, wie uns mitgeteilt wird, dem sächsischen Gesandten in Berlin, Dr. Gradnauer, auf dessen Anfrage die Genehmigung erteilt, vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Barmatangelegenheit zu erscheinen und die erforderlichen Aussagen zu machen.

Der Direktor der Landespfandbrief-Anstalt in Berlin zurückgetreten.

Berlin, 29. Jan. Wie das „Berliner Tageblatt" hört, ist der Direktor der Landespfandbrief-Anstalt in Berlin, der Geheime Regierungsrat Nehring, ein seit Jahrzehnten in preußischen Staatsdiensten stehender Beamter, **plötzlich unter Verzicht auf Pension und alle sonstigen ihm zustehenden Rechte aus seinem Amte ausgeschieden.** Der durch Satzung festgelegte Arbeitsbereich der Landespfandbrief-Anstalt ist die Hergabe von Geldern gegen erstklassige hypothekarische Unterlagen. Geheimrat Nehring habe jedoch, wie dem Blatte aus Bankkreisen mitgeteilt wird, anscheinend, um seiner Bank während der Zeit der gegenwärtigen Flaue auf dem Hypothekenmarkt Gewinne zuzuführen, **Geschäfte gemacht, die mit den eigentlichen Aufgaben der Bank nicht das mindeste zu tun hätten, vielmehr ein erhebliches Risiko in sich bargen und mit sehr großen Verlusten abgeschlossen hätten.** Die Summe der Gelder der Landespfandbrief-Anstalt, die Geheimrat Nehring zum Schaden seines Institutes in diese Geschäfte hineingesteckt habe, beziffert der Gewährsmann des „B. T." auf 3 bis 5 Millionen Mark.

Entschädigungsklagen gegen die Staatsbank.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Berlin, 29. Jan. Gegen die preußische Staatsbank sind beim Amts- bzw. Landgericht 25 Entschädigungsprozesse eingeleitet worden, weil die Staatsbank die Kutisker-Barmat usw. als äußerst vertrauenswürdig bezeichnete, und zwar auch dann noch, als wahrscheinlich bereits Verluste entstanden waren.

Wie der „Vorwärts" den Reichsinnenminister zu diskreditieren sucht.

Berlin, 29. Jan. Im „Vorwärts" war behauptet worden, die Verteidigung in dem Verfahren gegen den früheren thüringischen Innenminister Karl Hermann wegen Urkundenfälschung sei dadurch erschwert worden, daß von dem neuen Reichsinnenminister Schiele dem Ministerialdirektor Dr. Falk aus dem Reichsministerium des Innern als Sachverständige die Genehmigung zur Aussage verweigert worden sei. Hierzu ist zu bemerken, **daß der jetzige Reichsinnenminister mit der Angelegenheit nicht das geringste zu tun habe.** Als der Prozeß Hermann in der ersten Instanz schwebte, also vor dem Amtsantritt des jetzigen Innenministers, ist Ministerialdirektor Falk als Sachverständiger über die Frage geladen worden, ob die Rückdatierung bei Ernennungen von Beamten in den entsprechenden Urkunden üblich sei. Dem Gericht ist unter Hinweis auf § 76 der Strafprozeßordnung geantwortet worden, daß dem Ministerialdirektor Falk die Erlaubnis zur Aussage nicht erteilt werden könne, weil die Vernehmung den dienstlichen Interessen Nachteil bereiten würde. Die gleiche Auskunft ist dem Berufungsgerichtshof vor dem Amtsantritt des Ministers Schiele erteilt worden.

Staat in Gefahr!

Von H. G. Held.

Vor ein paar Tagen brachte ein demokratisches Spätabendblatt sensationelle Enthüllungen über die Auffindung neuen, höchst eindrucksvollen Materials bezüglich einer geplanten neuen kommunistischen Aktion, mit dem Ziel der endgültigen Errichtung der bolschewistischen Diktatur nach russischem Vorbild. Das genannte Blatt betont ausdrücklich, daß die fast unglaublich klingenden Einzelheiten des aufgefundenen Materials zwar wie ein Märchen klingen, aber dennoch auf durchaus amtlichen Feststellungen beruhen. Auf Einzelheiten sei in diesem Zusammenhang weiter nicht eingegangen. Nur so viel sei gesagt, daß das ausfindig gemachte Material u. a. ein bis ins Kleinste durchorganisiertes Terrorprogramm enthält.

Die in der letzten Zeit überall wahrnehmbare gesteigerte Tätigkeit in der kommunistischen Bewegung Deutschlands zielt eingestandenermaßen auf den gewaltsamen Umsturz des bestehenden Staates und die Errichtung der kommunistischen Gewaltherrschaft hin. Der heutige deutsche Staat steht diesen Versuchen, die planmäßig von der Moskauer Zentrale geleitet und mit großen geldlichen Mitteln unterstützt werden, freilich noch immer allzu passiv gegenüber. Diese Passivität ist der beste Antriebsmotor für den Versuch zum gewaltsamen Umsturz. Die fast unverteidigt gegen den inneren Feind daliegenden staatlichen Machtpositionen müssen ja geradezu diesem einen Anreiz zu ihrer gefahrlosen Erstürmung geben. Ein solches Unternehmen erscheint bei der feinen Witterung und dem instinktsicheren Blicke des bolschewistischen Staatsfeindes für das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein eines kraftvollen staatlichen Abwehrwillens als ein mit jedem Tage risikoloser werdendes Unternehmen, das schließlich keinerlei Gefahr für die Angreifer mehr in sich birgt. Diese Risikolosigkeit wird noch vergrößert durch den die staatlichen Kräfte zersetzenden Kampf der politischen Parteien untereinander, der sein Ziel ausschließlich in der gegenseitigen Zerfleischung und in der Schachmattsetzung des politischen Gegners sieht. Für den gemeinsamen Todfeind bleibt infolge dieses unfruchtbaren Parteikampfes weder genügend Zeit, noch ein hinreichend starker Abwehrwille mehr übrig. Man unterschätzt den Feind, indem man ihn nicht ernst nimmt, indem man die starken hinter ihm stehenden Machtfaktoren nicht sehen will.

Aber selbst für den Fall, daß infolge der Feigheit der roten Formationen eine äußere Gewaltaktion, ein Sturmangriff zur Erringung der politischen Macht nicht erfolgen sollte, darf damit die eminente Gefahr, die das Bestehen einer großen vorzüglich durchgebildeten kommunistischen Organisation innerhalb des bestehenden Staates jederzeit für diesen bildet, keineswegs als beseitigt gelten. Es ist lediglich eine Frage der Taktik der Kommunisten, auf welchem Wege sie glauben am erfolgreichsten und risikolosesten die Erreichung ihrer Pläne verwirklichen zu können. Ein Fortgang des staatspolitischen Zersetzungsprozesses in der bisherigen Weise müßte schließlich den völligen Zerfall des heutigen Staates zur Folge haben, dem der Bolschewismus mit Wollust den dann für ihn völlig ungefährlichen Fangstoß versetzen würde. Eine ausbleibende staatspolitische Konsolidierung würde also auch auf dem sogenannten trockenen Wege, d. h. durch eine sich immer schneller vollziehende staatliche Selbstauflösung den Sendlingen Moskaus die ersehnte reife Frucht in den Schoß fallen lassen.

Ein Staat, der sich nicht mehr stark genug fühlt, sein elementarstes Naturrecht, das der Selbsterhaltung unter allen Umständen und mit allen ihm noch zur Verfügung stehenden Machtmitteln rücksichtslos zu verteidigen, verfällt zwangsläufig und unerbittlich der Selbstauflösung. Der nachrevolutionäre deutsche Staat hat in steigendem Maße die Verteidigung dieses Naturrechtes nach außen und nach innen gleichzeitig immer mehr vermissen lassen. Nur so konnte es geschehen, daß er in so weitgehendem Maße zum Spielball feindlicher äußerer und innerer Feinde werden konnte, wie es tatsächlich heute der Fall ist. Wie das physische Einzelindividuum spurlos von der Bildfläche verschwindet, das nicht mehr die Kraft und den Willen zur Selbsterhaltung aufzubringen vermag, genau so geht es auch dem Staatswesen, das diese erste Voraussetzung für die Aufrechterhaltung seiner Existenz nicht mehr erfüllen will.

Der deutsche Staat der Nachkriegszeit hat ein in der Tat außerordentlich eindrucksvolles Beispiel dafür geliefert, daß ein staatlicher Organismus die Kraft und den Willen zur Selbsterhaltung, die wieder ihrerseits von der gleichmäßigen Erhaltung aller der ihn bildenden Bestandteile abhängig ist, in dem Augenblick naturgemäß verlieren muß, in dem er sich zum Werkzeug bestimmter politischer oder wirtschaftlicher Gruppen machen läßt, in dem er zum Spezialinteressenvertreter wird. Die Einräumung übermächtigen Einflusses seitens des Staates an bestimmte politische oder wirtschaftliche Gruppen bildet den ersten Schritt auf dem Wege der staatlichen Selbstauflösung, dem weitere Schritte in dieser Richtung bei der Aufrechterhaltung dieses staatsfeindlichen Prinzips unaufhaltsam folgen müssen. Das Staatswesen, das seinen überparteilichen Charakter außer Kurs setzt und sich zum Förderer einseitiger Belange machen läßt, verläßt eben die Grundlage seiner Existenz, die in der Ueberparteilichkeit und demzufolge in der Ausübung der Funktion eines objektiv eingestellten und gerecht denkenden Ausgleichsvermittlers der Interessen seiner verschiedenen Bestandteile besteht.

Die Selbstauflösung des deutschen Staates strebt, wenn nicht alle Anzeichen trügen, mit Riesenschritten ihrem Kulminationspunkt zu. Völlige Selbstauflösung oder der ent-

Berlin zur Hetzrede Herriots.

Vor einer Antwort Dr. Luthers.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 29. Jan. Die gestrige Rede Herriots in der französischen Kammer hat hier, wie im ganzen deutschen Volke eine starke Enttäuschung hervorgerufen. **Reichskanzler Dr. Luther wird auf diese Rede morgen abend anläßlich eines Empfanges der Vertreter der ausländischen Presse antworten;** seine Rede wird alsbald durch das offiziöse Telegraphenbureau der deutschen Presse zugänglich gemacht werden. Dr. Luther hätte am liebsten die Antwort im Reichstage gegeben, aber das war nicht möglich, da der Reichstag erst am 3. Februar zusammentritt und es wünschenswert erscheint, sofort zu der Rede Herriots seitens der deutschen Regierung Stellung zu nehmen.

Die Rede Herriot enthält vieles, was im deutschen Volke als bitteres Unrecht empfunden werden muß. Das ist auch der Eindruck, der im Auslande, wie englische Pressestimmen beweisen, erweckt worden ist. Es ist gesagt worden, **die Rede Herriots hätte ebensogut Poincaré halten können.** Demgegenüber verweist man aber darauf, daß der temperamentvolle Südfranzose Herriot sich vielfach von ersten Eindrücken hinreißen lasse. Ueber

die Stellungnahme der Regierung

kann wohl gesagt werden, daß sie sich durch die Rede nicht provozieren lassen wird, daß sie aber ebenso entschieden und in würdiger Weise dagegen Stellung nehmen wird. Es ist möglich, daß die Rede sich provozierend auswirken sollte. War das die Absicht, so wird dies nicht erreicht werden. In Bezug auf die **Räumungsfrage** dürfte unser Standpunkt nach wie vor mit aller Entschiedenheit geltend gemacht werden. Was die **Sicherheitsfrage** anlangt, auf welche Herriot so großen Wert legt, so ist es im Augenblick nicht möglich, nach dieser Richtung hin irgendwelche Vorschläge zu machen, bzw. eine geeignete Form zu finden. Herriots Rede enthält auch keine positiven Vorschläge.

Herriots Rede — die Folge eines Tendenzberichtes?

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Paris, 29. Jan. Die gestrige Kammerrede wird allgemein als Ereignis von außerordentlicher Tragweite gewertet. Zahlreiche Kreise haben die Auffassung zum Ausdruck gebracht, Herriot hätte aus innerpolitischen Gründen eine schärfere Tonart gegenüber Deutschland angeschlagen, um der französischen Rechten durch Konzessionen in der Stellungnahme gegenüber Deutschland die Annahme der Privatpolitik und der russischen Politik des Linkskartells leichter zu machen. Ferner wird behauptet, daß Ministerpräsident

Herriot im Laufe der letzten Tage einen besonders beunruhigenden Bericht der französischen Botschaft in Berlin erhalten

und aus diesem Grunde alarmierende Töne gegenüber der Kammer angeschlagen habe.

Verschlechterung im Befinden Herriots.

Paris, 27. Jan. Herriots Befinden läßt sehr zu wünschen übrig und seine Freunde befürchten, daß seine Gesundheit nicht mehr lange standhalten werde.

Ein neuer „ungünstiger" Zwischenbericht der J. M. K. K.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Zürich, 29. Jan. Der Pariser Korrespondent des „Tagesanzeiger" meldet, Herriot habe nach Schluß der Kammerdebatte am Mittwoch bekanntgegeben, daß ein neuer Zwischenbericht der alliierten Ueberwachungskommission eingetroffen ist. Er sei weiter ungünstig, weil er auch hinsichtlich der Abrüstung im deutschen Luftschiffbau ergebe, daß die Vertragsverpflichtungen nicht erfüllt wären.